

Gerhard Bosch

**Neue Herausforderungen in der
Arbeitsmarktpolitik in Deutschland und
in Thüringen**

**Betriebs- und Personalrätekonferenz des TWAT
5. Mai 2011 in Jena**

Prof. Dr. Gerhard Bosch

Institut Arbeit und Qualifikation

Forsthausweg 2

LE 506

47057 Duisburg

Tel.: +49 203 / 379 1827; Fax: +49 203 / 379 1809,

Email: gerhard.bosch@uni-due.de ; <http://www.iaq.uni-due.de>

Zum Hintergrund

Gutachten im Auftrag des Thüringer Ministeriums für
Wirtschaft, Arbeit und Technologie (Mai 2010 -
Januar 2011)

Gemeinsam mit Prof. Gerhard Bäcker und Dr. Claudia
Weinkopf

Titel des Gutachtens: „Vorschläge zur künftigen
Arbeitsmarktpolitik: integrativ – investiv – innovativ“

Drei Hauptteile

1. Die Arbeitsmarktpolitik der letzten Jahre: Rückblick und
Bewertung
2. Neue Herausforderungen und Chancen
3. Vorschläge zur Weiterentwicklung der Arbeitsmarktpolitik

1.1 Grundannahmen der Hartz-Gesetze

- Arbeitslosigkeit nicht Folge unzureichender Nachfrage, sondern unzureichender Aktivierung von Arbeitslosen
- Beschäftigungspotentiale vor allem in den arbeitsintensiven Dienstbereichen – Wachstum hier hängt weitgehend von Löhnen ab – Niedriglohnsektor nötig
- Rasche Integration in Beschäftigung vorrangig: „(Fast) jeder Arbeitsplatz ist besser als keiner“
- Soziale Absicherung auf Mindestniveau (inkl. Möglichkeit der Aufstockung – Kombilohn)
- Fördern und Fordern
- Zusammenlegung Arbeitslosen- und Sozialhilfe – Angebote aus einer Hand

1.2 Bewertung der Erfahrungen

Doppelte Botschaft der Hartz-Gesetze:

- Versprechen der Verbesserung der Vermittlung und Förderung von Arbeitslosen
- die Verschärfung des ökonomischen Drucks mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit

Ambivalente Bewertung der Erfahrungen – positive und negative Entwicklungen

1.3 Bewertung der Erfahrungen

Positiv:

- Starke Verbesserung der Relationen von Fachkräften und Arbeitslosen (SGB III von 288 2005 auf 132 2010)
- Bessere Betreuung

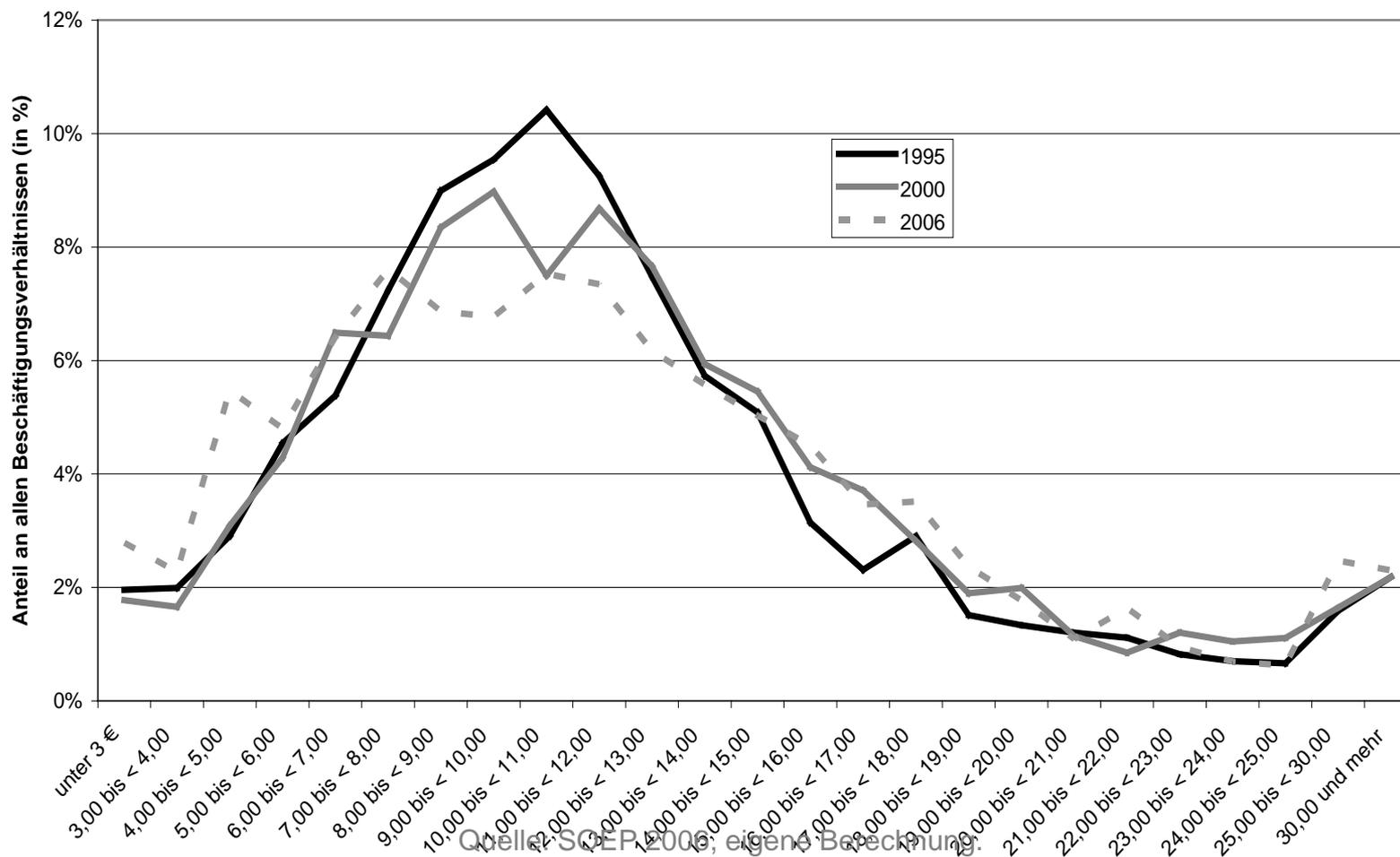
Negativ:

- Spaltung zwischen SGB II und III (70% in SGB II)
- Integrationsquote aus SGB II in ungeforderte Arbeit gering (2009 nur bei 17,7%)
- Starke Zunahme des Niedriglohnsektors – vor allem auch bei Leiharbeit und Minijobs
- Hohe Subvention von niedrigen Löhnen
- Einschränkung von Umschulungen

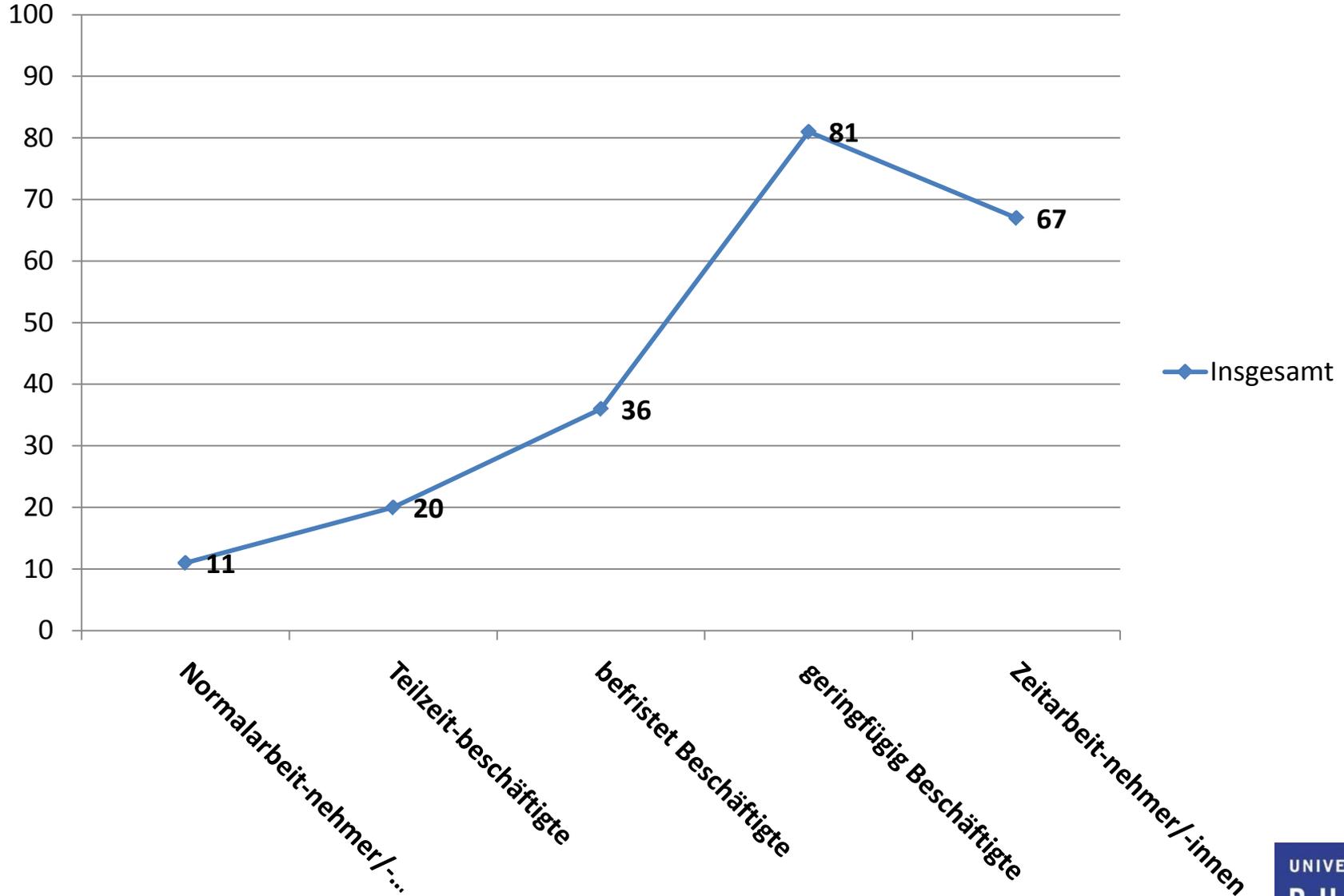
1.4 Niedriglöhne in Deutschland

Verteilung der Realeinkommen in Deutschland

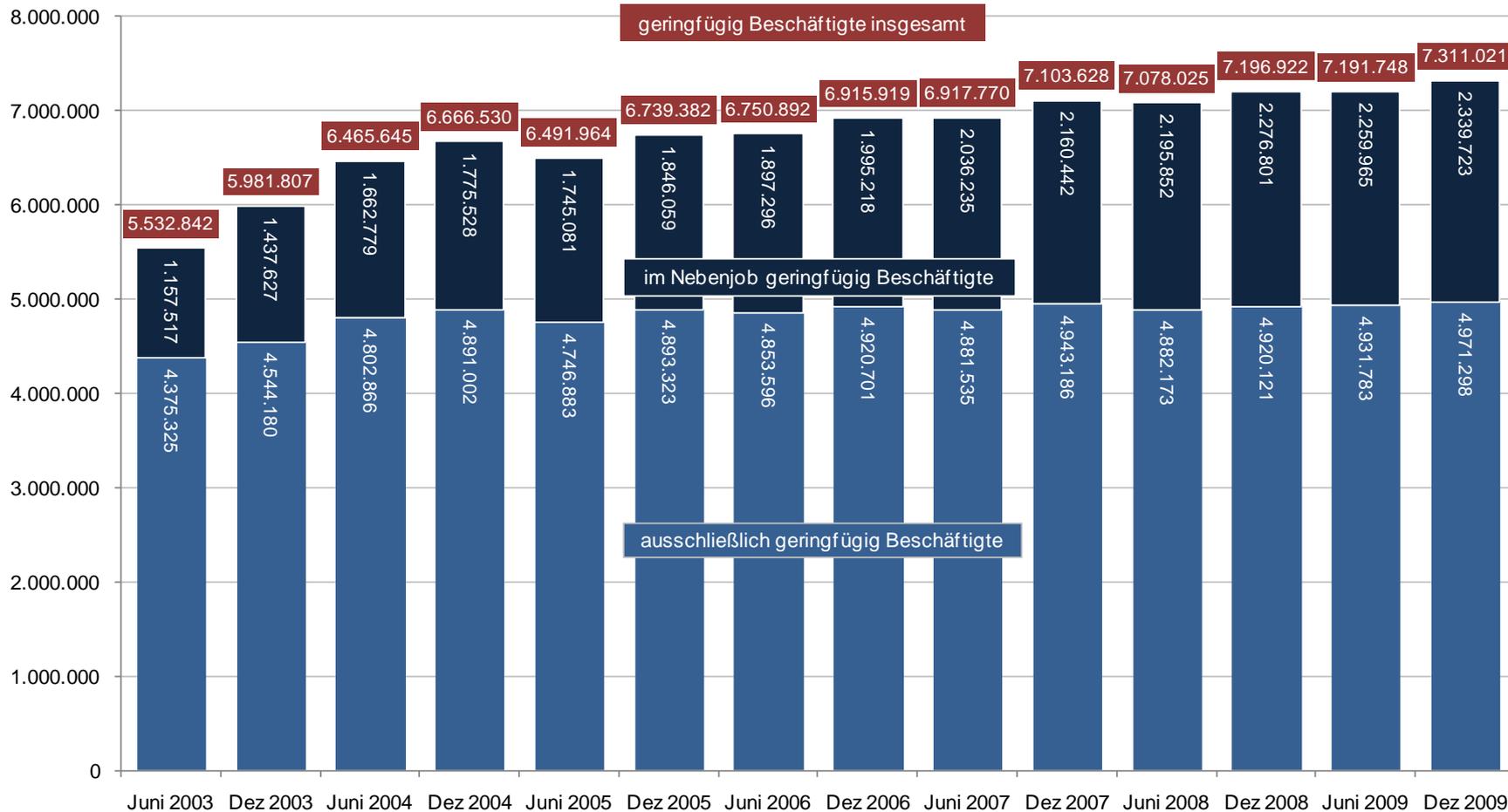
Haupt- und Nebenjobs inklusive Teilzeit und Minijobs;
 inflationsbereinigt (Basis=1995)



1.5 Niedriglohnanteile nach Beschäftigungsform (2006)



1.6 Beschäftigte in Minijobs 2003 - 2009

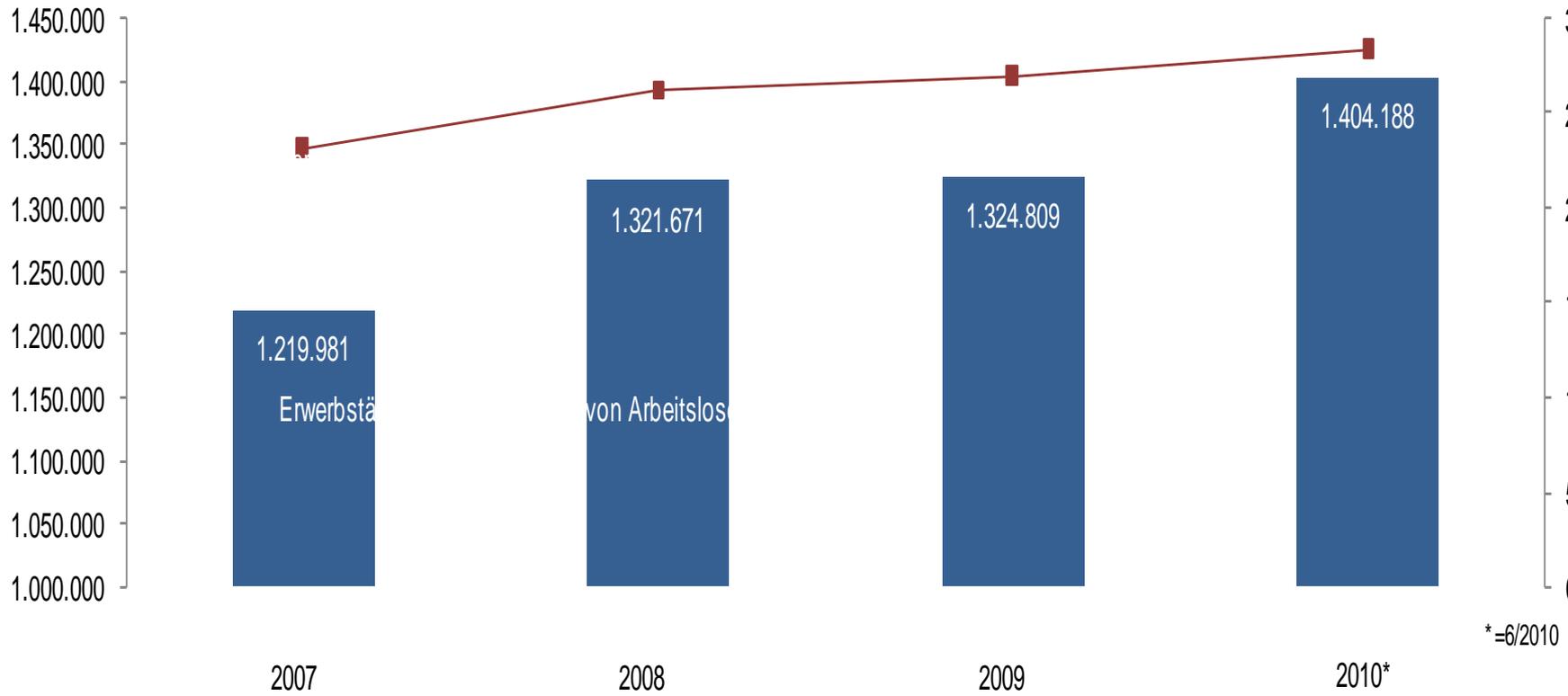


Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigungsstatistik

1.7 Mittleres Bruttoarbeitsentgelt der Vollzeitbeschäftigten im Verleihgewerbe 2007 - 2009

	Alle Vollzeitbeschäftigten		Vollzeitbeschäftigte Leiharbeitskräfte	
	West	Ost	West (ohne Berlin)	Ost (einschl. Berlin)
2007	2.723 €	1.989 €	1.371 €	1.174 €
2008	2.782 €	2.028 €	1.465 €	1.243 €
2009	2.805 €	2.050 €	1.456 €	1.225 €

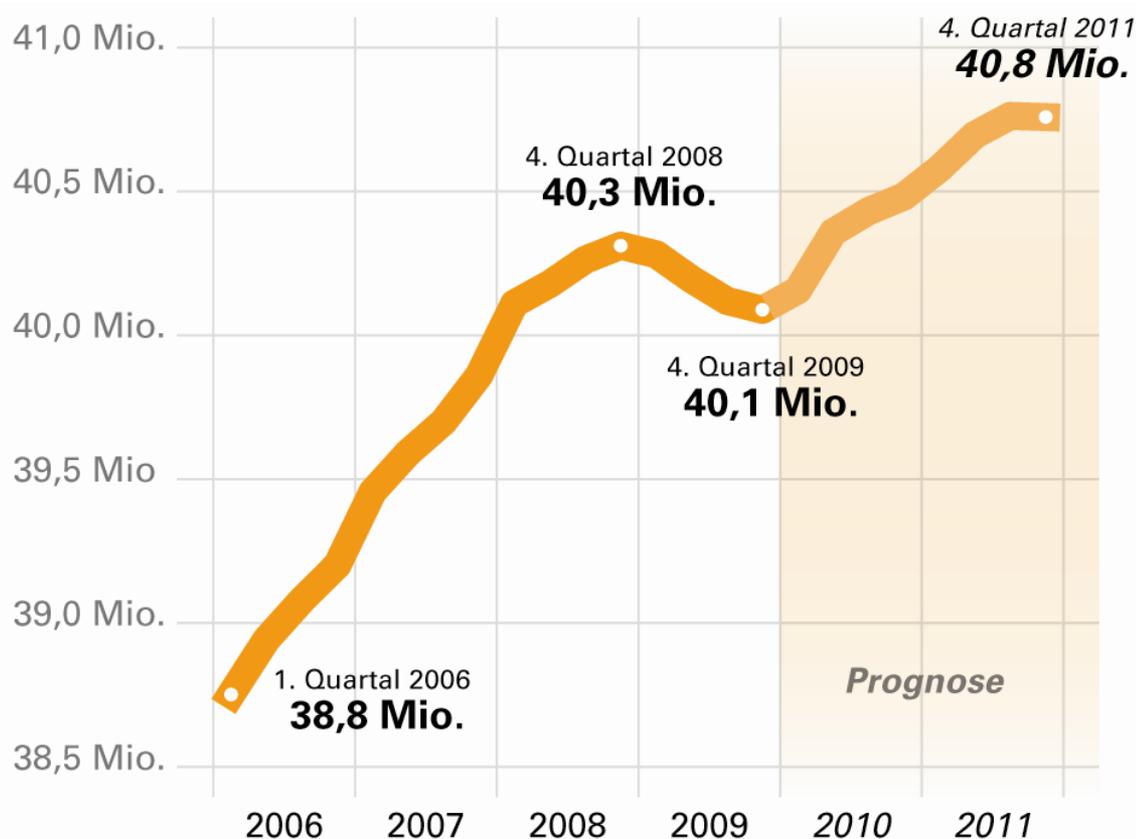
1.8 Erwerbstätigkeit und Leistungsbezug nach dem SGB II, 2007 - 2010



*=6/2010

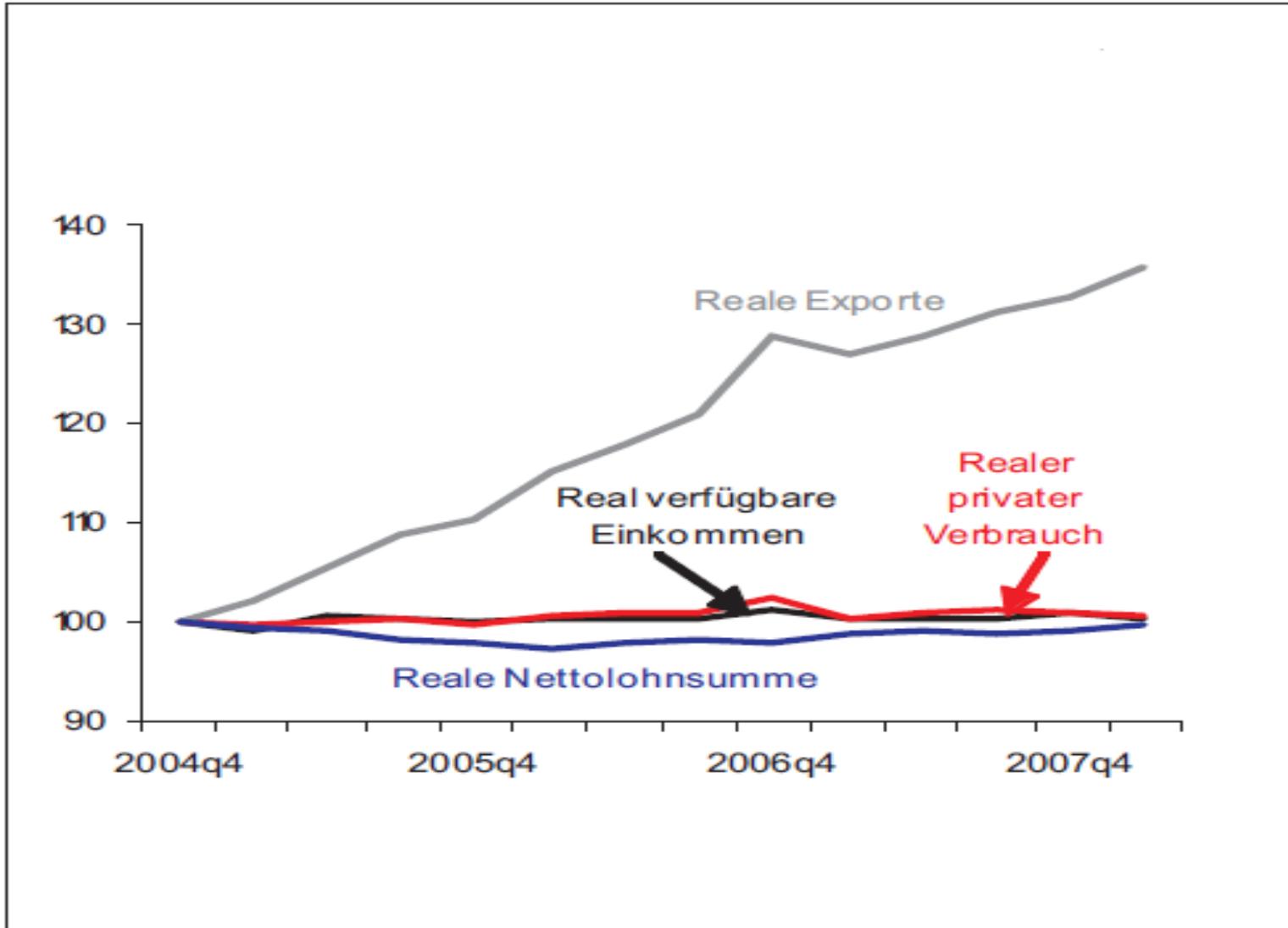
1.10 Ist der Aufschwung den Hartz-Gesetzen zu verdanken?

Hauptgrund für Beschäftigungsanstieg:
Exportenerfolg



* erwerbstätige Inländer, saisonbereinigt; Quelle: IMK 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010

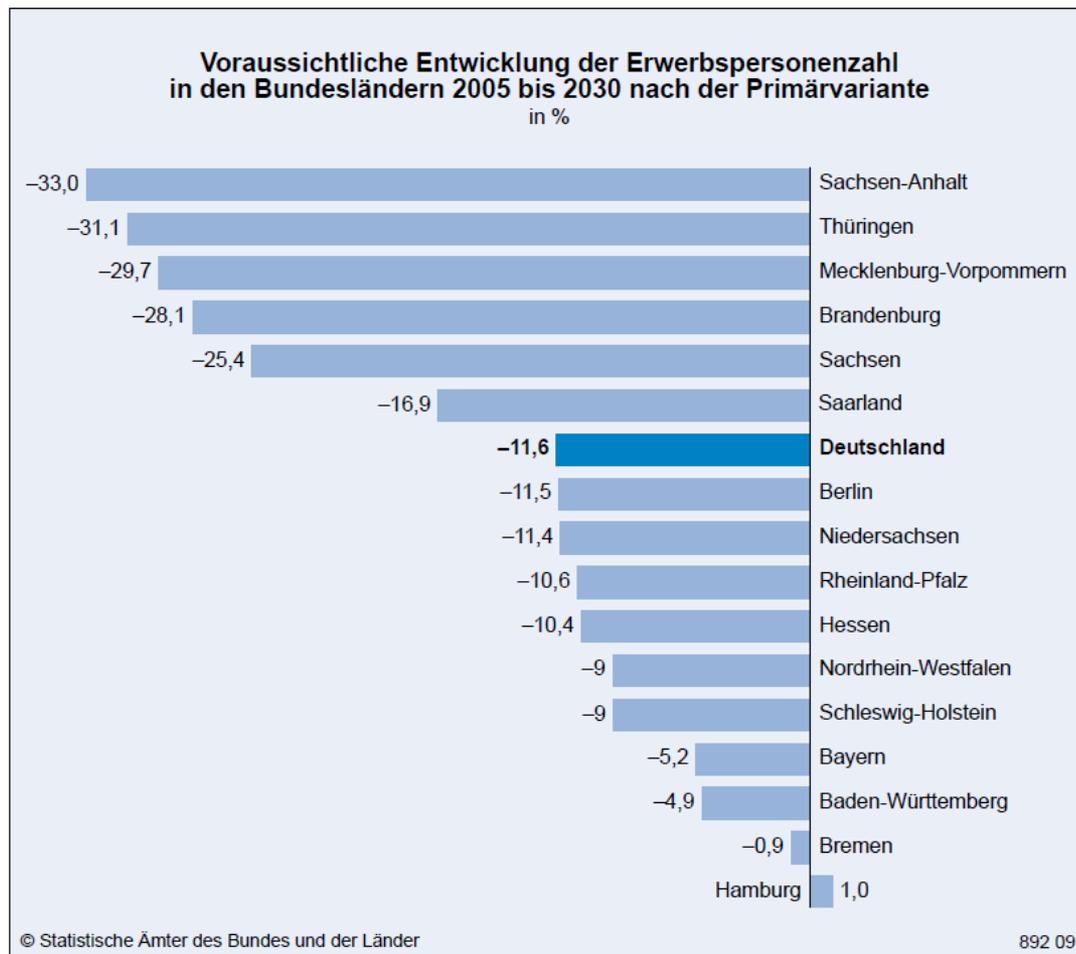
1.11 Entwicklung ausgesuchter Aggregate im letzten Aufschwung, Deutschland, Index: 2004q4=100



2. 1 Neue Herausforderungen

- Unsichere ökonomische Rahmenbedingungen
- Demografischer Wandel
- Verstärkte Binnenwanderung
- Migration und grenzüberschreitende Arbeitsaufnahme
- Weiter steigende Qualifikationsanforderungen
- Geschlechterrollenwandel
- Drohende Verschärfung von gesellschaftlicher Spaltung

2.2 Voraussichtliche Entwicklung der Erwerbspersonenzahl in den Bundesländern 2005 bis 2030 in %

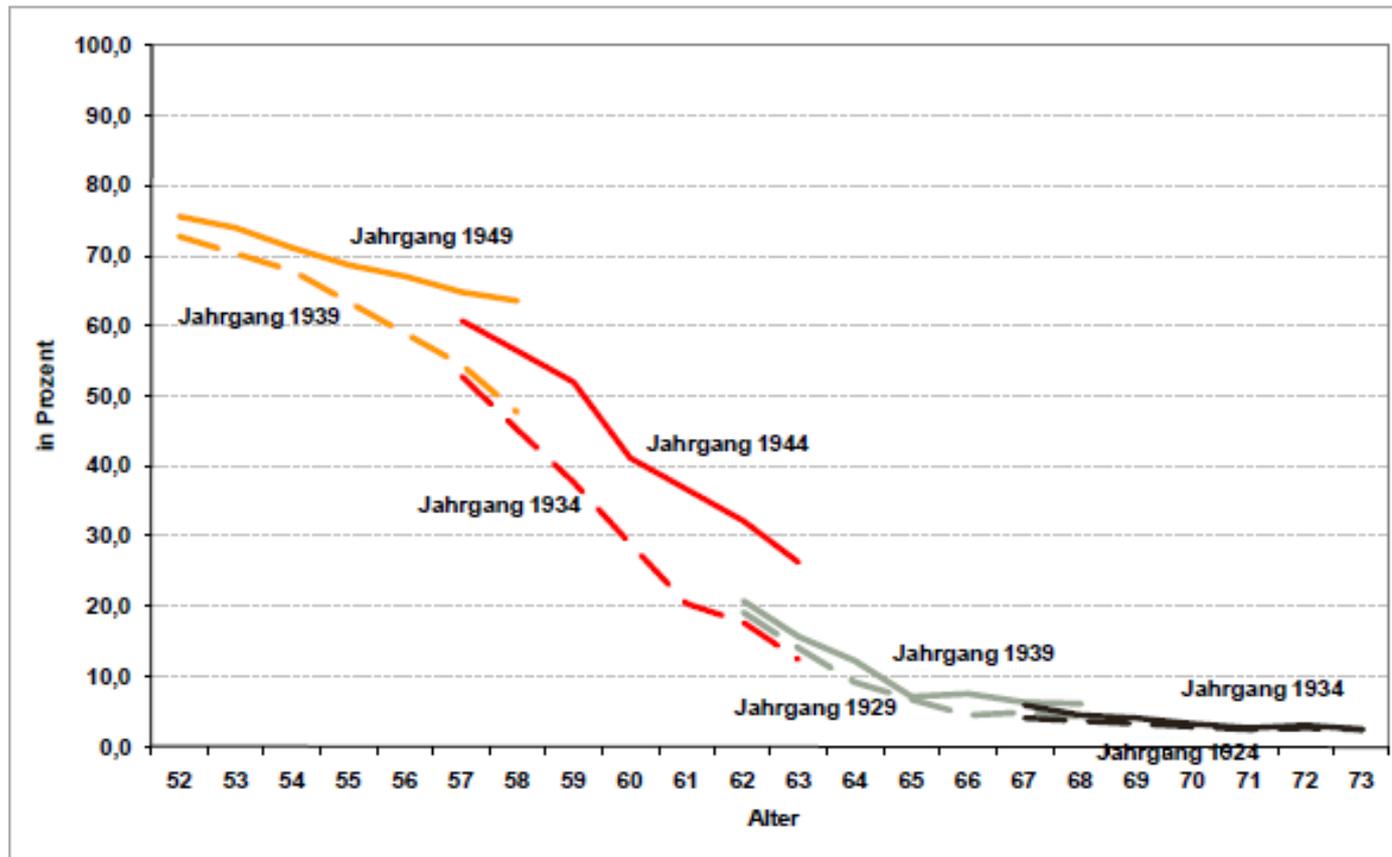


2.3 Anteil der Erwerbspersonen im Alter von 50 Jahren und älter an allen Erwerbspersonen in den Bundesländern

Bundesland	Erwerbspersonen im Alter von 50 und mehr Jahren an allen Erwerbspersonen						
	Basisjahr 2005	Status-Quo-Variante		Primärvariante		Maximalvariante	
		2020	2030	2020	2030	2020	2030
	%						
Thüringen	27,1	37,4	33,5	38,1	34,7	39,1	36,6
Deutschland	25,8	34,9	31,8	35,3	32,8	36,2	34,6

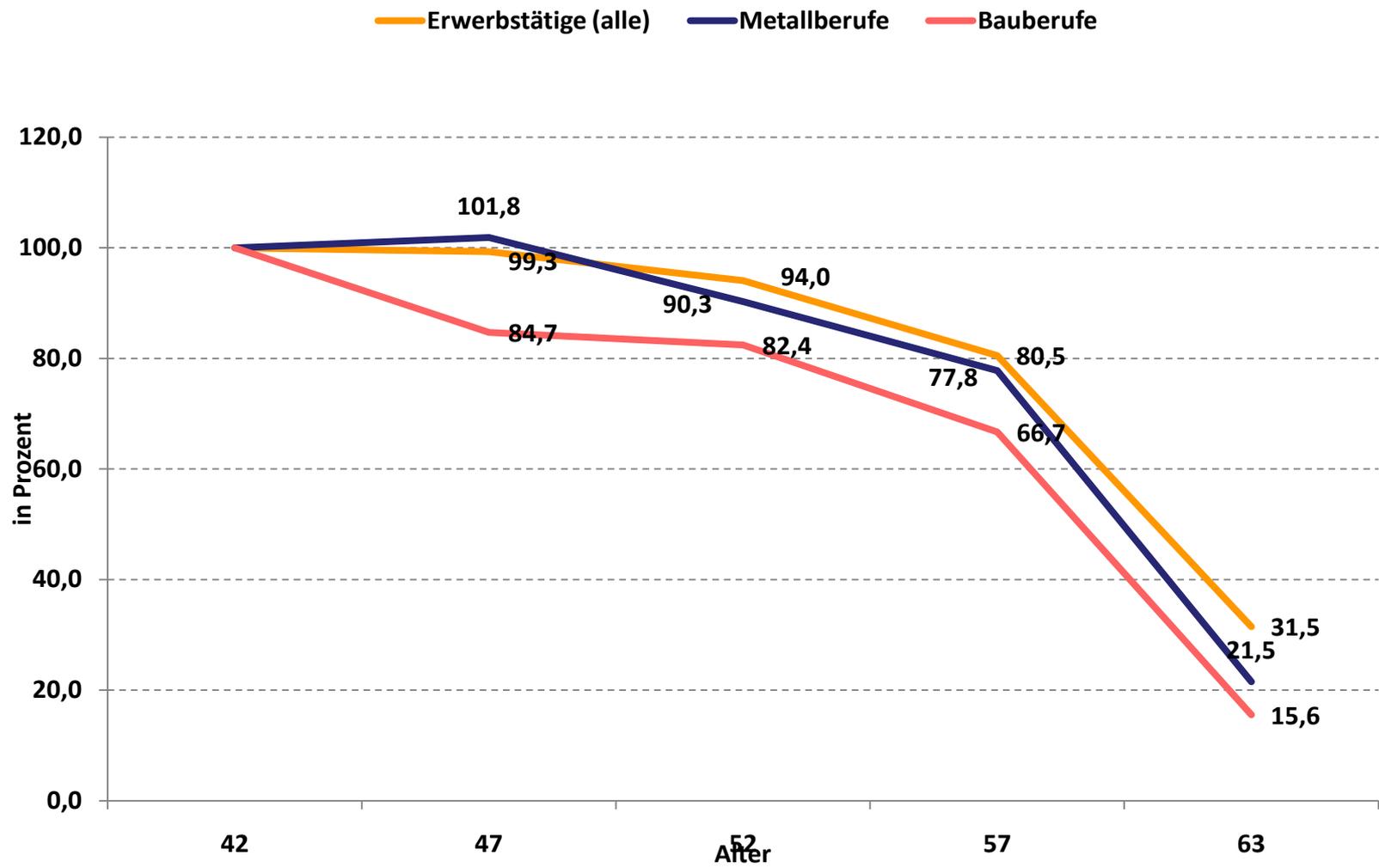
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2009)

2.4 Altersspezifische Erwerbstätigenquoten, ausgewählte Kohorten (2001 – 2007)



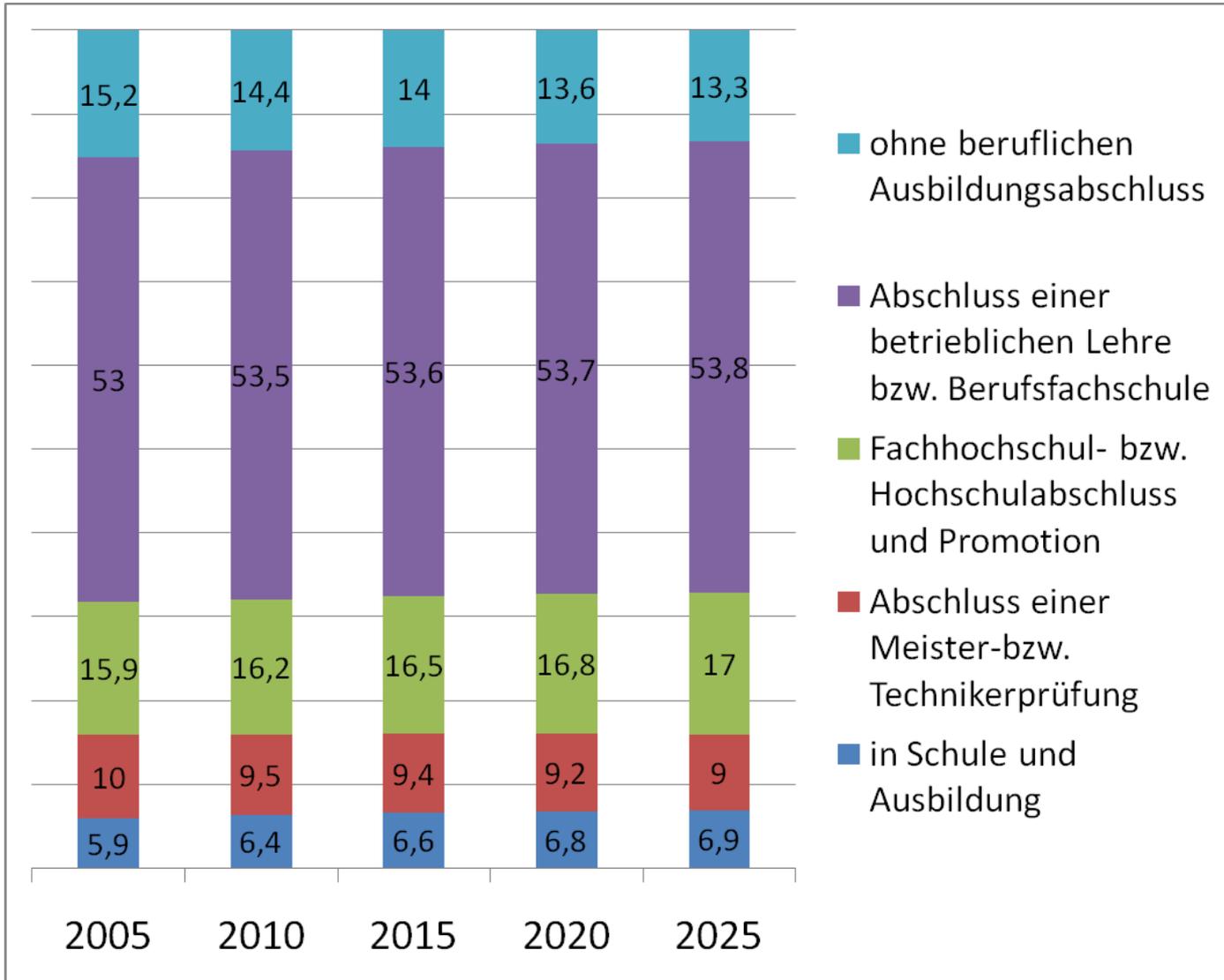
Quelle: Mikrozensus 2001-2007, zitiert nach: Brussig, Martin (2010): Höhere Alterserwerbsbeteiligung durch längere Erwerbsphasen. In jüngeren Kohorten sind mehr Menschen länger erwerbstätig als in älteren Kohorten. Duisburg; Düsseldorf (Altersübergangs-Report, 2010-04).

2.5 Beschäftigung bis zur Rentengrenze: Anteil der im Beruf verbleibenden Erwerbstätigen, Basis 42 Jahre = 100 % (2007)

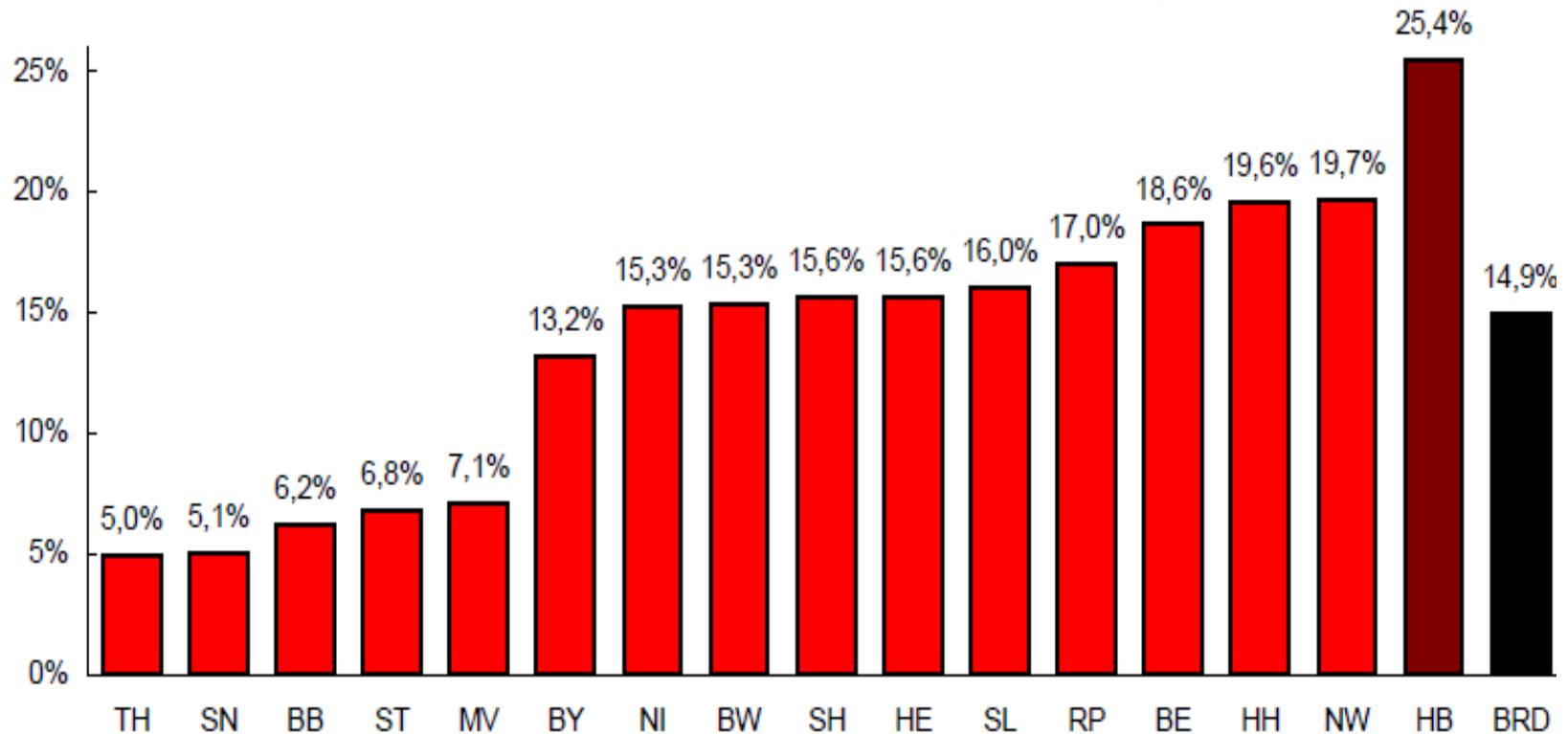


Anmerkung: Erwerbstätigkeit ab 1 h pro Woche (ILO-Konzept)
Quelle: Mikrozensus 2007

2.6 Prognose: BiBB/IAB: Arbeitskräftebedarf 2005 bis 2025 nach Qualifikationen in %



2.7 Bevölkerung im Alter von 30 bis unter 50 Jahren ohne beruflichen Abschluss – Bund und Länder: 2009



Anmerkung: In der Bundesrepublik Deutschland verfügte 2009 14,9 Prozent der Bevölkerung im Alter von 30 bis unter 50 Jahren über keinen beruflichen Abschluss. In Thüringen waren es 5,0 Prozent, in Bremen (Land) 25,4 Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2009; eigene Berechnungen (BIAJ)

3. 1 Künftige Arbeitsmarktpolitik - Grundannahmen

Reduzierung der Arbeitslosigkeit nur durch Zusammenspiel von aktiver Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik möglich

Geringe Löhne und geringes Niveau der sozialen Absicherung verbessern nicht die Integrationschancen

Arbeitsmarktpolitik muss beitragen

- zur Deckung des Fachkräftebedarfs und stärker investiv ausgerichtet sein

- zum Abbau der sozialen Spaltung und sich an sozialen Mindeststandards orientieren

Neue Balance des Förderns und Forderns

Verlängerung der Lebensarbeitszeit bedarf Flankierung

Modernisierung der institutionellen Rahmenbedingungen für Frauenerwerbsarbeit erforderlich

Acht Themenbereiche für Vorschläge

1. Förderung beruflicher Weiterbildung
2. Berufsorientierung, -vorbereitung und Ausbildung Jugendlicher
3. Soziale Absicherung bei Arbeitslosigkeit (SGB III)
4. Verhinderung der Einmündung in unterwertige und prekäre Arbeit
5. Übergänge vom Arbeitsleben in den Ruhestand
6. Minijobs
7. Leiharbeit
8. Gesetzlicher Mindestlohn und Stärkung des Tarifsystems

1. Förderung beruflicher Weiterbildung

Zweite Chance: deutliche Erhöhung der Zahl der Teilnehmer/innen an beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen (vor allem auch mit anerkannten Abschlüssen, vor allem in Kernberufen mit breitem Einsatzfeld)

Erhöhung der Teilnahme und Bildungsbereitschaft durch

Zuschlag auf ALG und Prämie für erfolgreichen Abschluss

Wiedereinführung von Auftragsmaßnahmen vor allem für Langzeitarbeitslose und gering Qualifizierte

Modernisierungs- und Auffrischungsmodule für Arbeitslose mit einem Berufsabschluss, die den Anschluss verloren haben

2. Berufsorientierung, -vorbereitung und Ausbildung Jugendlicher

Generelle Übertragung der Ausbildungsvermittlung an die Arbeitsagenturen

Verbindliche Einrichtung von Servicezentren für Jugendliche mit Leistungen aus einer Hand

Vorrang für Vermittlung in Ausbildung

Ausbildungsgarantie für alle ausbildungsfähigen Jugendlichen (gemeinsam mit der Wirtschaft)

3. Soziale Absicherung bei Arbeitslosigkeit (SGB III)

Verlängerung der Rahmenfrist für Anwartschaft auf Arbeitslosengeld auf drei Jahre

Verkürzte Anwartschaftszeit für saisonal Beschäftigte dauerhaft einführen

Verlängerung des maximalen Anspruchs auf Arbeitslosengeld um jeweils sechs Monate mit degressiver Absenkung des Leistungssatzes in dieser Phase, um den Übergang zum ALG II abzufedern

4. Verhinderung der Einmündung in unterwertige und prekäre Arbeit

Zumutbarkeit binden an Zahlung tariflicher oder ortsüblicher Löhne und Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes

Höherer Stellenwert für die Nachhaltigkeit bei arbeitsmarktpolitischer Förderung und Integration (statt rasche Reduzierung des Hilfebedarfs)

Einschränkung der Nutzung von Arbeitsgelegenheiten (nicht zur Kontrolle und Sanktion, sondern für Arbeitslose mit besonderen Förderbedarf)

Ausweitung von Qualifizierung auch im SGB II

5. Übergänge vom Arbeitsleben in den Ruhestand

Heraufsetzung der Regelaltersgrenze von der konkreten Arbeitsmarktlage der rentennahen Jahrgänge abhängig machen (Überprüfungsklausel ernst nehmen)

Flankierung durch langfristig konzipierte Qualifizierungsstrategie

Niedrigere Regelaltersgrenze für Beschäftigte mit hohen gesundheitlichen Arbeitsbelastungen (Vorbild: Schwerarbeitsliste in Österreich)

Erleichterung des Bezugs einer Erwerbsminderungsrente

Förderung einer neuen Kultur flexibler Altersübergänge mit veränderten Arbeitszeiten

6. Minijobs

Ziel: Abschaffung der Sonderregelung für Minijobs

Um Ausweitung der Minijobs *kurzfristig* zu begrenzen
bzw. deren Nutzung einzudämmen

Abschaffung der Sonderregelung für Minijobs als
Nebentätigkeit

Deutliche Herabsetzung der Geringfügigkeitsgrenze

Effektivere Durchsetzung des
Gleichbehandlungsgebots (Entlohnung und
arbeitsrechtliche Standards) – flankiert durch
gesetzlichen Mindestlohn, obligatorische
Information der Beschäftigten über ihre Rechte
durch den Arbeitgeber und öffentliche Kampagnen

7. Leiharbeit

Equal Pay ohne Tarifvorbehalt

Branchenbezogener Mindestlohn als Untergrenze für verleihfreie Zeiten und für Einsätze in Bereichen mit niedrigeren Entgelten

Wiedereinführung einer Höchstdauer von betrieblichen Einsätzen (z.B. 12 Monate)

Ausweitung der Mitbestimmungsrechte der betrieblichen Interessenvertretungen in den Entleihbetrieben

Gezielte Unterstützung von Übergängen durch verbesserten Zugang in betriebliche und öffentlich finanzierte Weiterbildung

8. Gesetzlicher Mindestlohn und Stärkung des Tarifsystems

Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns als verbindliche Untergrenze

Möglichkeit, auf Branchenebene über das AEntG höhere Mindestlöhne festzulegen

Stärkung und Stabilisierung des Tarifsystems durch mehr Allgemeinverbindlichkeitserklärungen und Tariftreuegesetze

Angstforscher



Das Gutachten

Bäcker, Gerhard / Bosch, Gerhard / Weinkopf, Claudia, 2011: Vorschläge zur künftigen Arbeitsmarktpolitik: integrativ – investiv – innovativ. Gutachten für das Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie.

http://www.iaq.uni-due.de/aktuell/veroeff/2011/iaq-gutachten_baecker_bosch_weinkopf.pdf